

II-2389 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

## XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 4. April 1973 No. 1245/J  
Anfrage

der Abg. Dr. Neuner, Dr. ~~Zittmayer~~, Dr. König, Dr. Keimel, Hietl und Genossen  
 an den Bundesminister für Finanzen  
 betreffend Umsatzsteuervoranmeldungen

Bei der Behandlung der Regierungsvorlage zum Umsatzsteuergesetz 1972 hat die ÖVP die Meinung vertreten, daß die monatliche Abgabe von Voranmeldungen die Abgabepflichtigen, ihre Berater und die Finanzbeamten in einem Ausmaß belastet, das mit dem geringen Effekt dieser Voranmeldungen in keinem Einklang steht. Die ÖVP ist aber mit ihrer Forderung, von diesen Voranmeldungen Abstand zu nehmen, nicht durchgedrungen.

Im Lichte der seit dem Inkrafttreten des Umsatzsteuergesetzes 1972 gemachten Erfahrungen haben auch andere Institutionen, so auch der sozialistische freie Wirtschaftsverband, diese Forderung erhoben.

Zuletzt hat der zweifellos in dieser Frage sachverständige Kammertag der Wirtschaftstreuhänder am 31.3.1973 einstimmig, sonach mit den Stimmen der sozialistischen Kammertagsmitglieder, den Beschuß gefaßt:

"Der Kammertag ersucht das Präsidium der Kammer der Wirtschaftstreuhänder und allenfalls den Vorstand der Kammer der Wirtschaftstreuhänder, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um eine ehesten Außerkraftsetzung der Verpflichtung zur Abgabe der Umsatzsteuervoranmeldungen zu erreichen."

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1.) Sind Sie bereit, dem Nationalrat ehebaldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die Verpflichtung zur Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen außer Kraft gesetzt wird?
- 2.) Wenn ja, bis wann?
- 3.) Wenn nein, warum nicht?

